

RESOLUTION

verabschiedet auf der

24. ordentlichen Generalversammlung

der
Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien -
1. Lesben- und Schwulenverband Österreichs

am 8. März 2003

Aus Anlass des Internationalen Frauentags, der weltweit am 8. März begangen wird, wendet sich die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien mit einer „Lesbenresolution“ an die Öffentlichkeit.

Am 8. März finden in fast allen Ländern der Erde Kundgebungen statt, mit denen Frauen sich und ihren Forderungen Sichtbarkeit und Gehör verschaffen:

- * für selbstbestimmte Sexualität, selbstbestimmte Lebensweise, finanzielle und soziale Gerechtigkeit
- * gegen alle Formen von Sexismus, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung
- * für eine solidarische Gesellschaft, die Achtung der Menschenrechte und Frieden.

Viele der Frauen, die am diesjährigen 8. März weltweit ganz besonders unter dem Motto „gegen Ausbeutung und Krieg“ auf die Straße gehen, sind lesbische Frauen. Die zentralen Forderungen und Anliegen der Frauenbewegung sind auch die Anliegen der lesbischen Frauen.

Wir, die lesbischen Frauen und schwulen Männer der HOSI Wien, solidarisieren uns mit der zentralen Botschaft dieses 8. März 2003:

Für die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte für alle Frauen und gegen jede Form von Gewalt, Militarismus und Krieg.

Lesbische Frauen sind sowohl von *Frauen*-Politik als von *Homosexuellen*-Politik sehr häufig höchstens am Rande „mitgemeint“, von beiden aber sind sie stark und ganz zentral mitbetroffen. Wenn in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, in den Medien und im Kulturleben von FRAUEN gesprochen wird, wird viel zu selten bedacht, dass rund zehn Prozent aller FRAUEN lesbische Frauen sind. Wenn in unserer Kultur von Homosexuellen die Rede ist, wird viel zu selten dem Umstand Rechnung getragen, dass rund 50 % aller homosexuellen Menschen Frauen sind: nämlich LESBEN.

Deshalb wenden wir uns mit unserer Resolution, die in der gebotenen Kürze nur einen beispielhaften Ausschnitt und winzigen Bruchteil der lesbischen Forderungen an Politik und Gesellschaft thematisieren kann, in erster Linie an die Verantwortlichen in den Bereichen Politik, Medien, Bildungswesen und Arbeitswelt.

SELBSTBESTIMMUNG

Die neoliberale und gleichzeitig zutiefst wertkonservative Regierungspolitik der vergangenen drei Jahre hat in Österreich unter dem Decknamen „Sparkurs“ die ohnehin viel zu „sparsam“ und mit minimalen budgetären Mitteln geförderten Ansätze einer fortschrittlichen Frauenpolitik ausgehungert. Sie hat durch Umstrukturierungen das frühere Frauenministerium in ein Ministerium für „Generationen“ mit eigener Abteilung für Männerrechte verwandelt und einen Mann zum „Frauenminister“ gemacht.

Die in Gesetzesform gegossenen Maßnahmen dieser Regierung wie Kindergeld und gemeinsame Obsorge sowie laufende Vorbereitungen, die Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs einzuschränken, zielen darauf ab, Frauen aus dem für ökonomische Unabhängigkeit notwendigen Erwerbsleben weiter hinauszudrängen. Sie fördern die weitere Verarmung von Frauen und damit deren Abhängigkeit von Ehemann und Familie.

Lesbische Frauen sind von den Maßnahmen derartiger Politik und dem von ihr geförderten gesellschaftlichen Klima sehr stark negativ betroffen.

Wir fordern deshalb:

- * ein Ende des fast vollständigen Subsumierens von Frauenpolitik unter den Begriff Familienpolitik;
- * ein Ende der missbräuchlichen Verwendung des „Gendermainstreaming“ zur Durchsetzung von Maßnahmen, die eine angebliche Benachteiligung von Männern ausgleichen sollen, was angesichts der Tatsache, dass die jahrhundertlange Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeit von Frauen bis in die Gegenwart nachwirkt, zu nichts anderem als einer Wieder- oder Weiterverfestigung von Männermacht führt;
- * das Ende einer Frauenpolitik, die nur der Restauration historisch längst überholter Definitionen von Geschlecht und Familie dient und in Wahrheit eine Männerpolitik ist;
- * die Wiederaufnahme einer aktiven Frauenförderpolitik mit deutlich feministischer Akzentuierung, zu der auch die aktive, bewusste und deklarierte Unterstützung der Anliegen lesbischer Frauen zählt.

EHE UND FAMILIE

Zur selbstbestimmten Lebensplanung vieler Frauen, die ausschließlich oder überwiegend in lesbischen Liebesbeziehungen leben, gehört heutzutage ganz selbstverständlich auch der Gedanke an Elternschaft. In dieser Selbstverständlichkeit, mit der vor allem lesbische Frauen der jüngeren Generation die Gründung einer so genannten „Regenbogen“-Familie planen, spiegelt sich zweifellos ein gestiegenes Selbstbewusstsein und die Erweiterung der Lebensentwürfe gleichgeschlechtlich liebender Menschen. Die österreichische Politik hat diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Wir fordern deshalb:

- * die Anerkennung aller Familienformen (AlleinerzieherInnen, Patchwork-Familien, Regenbogen-Familien) und ihre rechtliche und soziale Gleichstellung mit der traditionellen Vater-Mutter-Kind-Familie und damit die Gleichstellung

unserer Lebens- und Liebesgemeinschaften mit allen Formen des Zusammenlebens von Mann und Frau inner- und außerhalb der Ehe;

* die Neudiskussion des geltenden Fortpflanzungshilfegesetzes, das das Recht auf medizinisch betreute Fortpflanzungshilfe auf Ehepaare beschränkt;

* die Modernisierung des bisherigen Adoptionsrechts, das die gemeinsame Adoption auf Ehepaare beschränkt;

* die Schaffung fairer und flexibler Karenzbestimmungen sowohl für hetero- als auch homosexuelle Eltern.

SICHTBARKEIT

Sichtbarkeit ist vor allem für lesbische Frauen ein zentrales Anliegen, da sie ganz besonders stark unter den kulturellen Ausgrenzungsmechanismen, dem Ignoriertwerden und der Nichterwähnung leiden. Sie werden nach wie vor als Bevölkerungsgruppe und als relevante Vorbilder für die Verwirklichung weiblicher Lebensentwürfe abseits der heterosexuell determinierten weiblichen „Normalbiografie“ einfach totgeschwiegen, ausgeblendet und vergessen.

Dieses - bewusste und/oder unbewusste - Unsichtbarhalten lesbischer Frauen ist eine Form struktureller Gewalt. Deshalb ist auch die in den Medien in den letzten Jahren wieder verstärkt üblich gewordene „Männersprache“ (d. h. die Benutzung männlicher Sprachformen für beide Geschlechter) im allgemeinen und in Berichten über Themen, die alle homosexuellen Menschen betreffen, im besonderen als ein regelrechter Akt der Gewalt gegen Lesben zu werten.

Im Vergleich zu früheren Jahren kommen Lesben zwar vermehrt in den Medien vor, jedoch leider äußerst einseitig und keineswegs repräsentativ für die tatsächliche Vielfalt lesbischer Frauen. Ein objektives Bild lesbischer Alltagsrealität und von Lesben als Teil der österreichischen Arbeitswelt entsteht dadurch ebenso wenig, wie ein auch nur annähernd objektiver Eindruck der wertvollen Beiträge von Lesben zu Wissenschaft und Kunst, zu sportlichen Erfolgen, humanitären Errungenschaften und sozialem Wohlergehen im Land.

Wir fordern deshalb:

* einen frauenbewussten Umgang mit der Sprache ganz besonders auch in den Medien;

* die Unterlassung inhaltlicher Diskriminierung sowie abwertender Äußerungen über Lesben in den Medien;

* mehr Vielfalt und Qualität in der Berichterstattung über lesbisches Leben;

* die Ausstrahlung von mehr lebensspezifischen Dokumentationen und Filmen in Radio und Fernsehen;

* die objektive inhaltliche Berücksichtigung und explizite Erwähnung lesbischer Frauen, ihrer Lebenswirklichkeit und Anliegen in sämtlichen Sparten medialer Berichterstattung - von Wirtschaft bis Wissenschaft, von Politik bis Popkultur.

BILDUNG

Seit vielen Jahren gibt es weltweit und europaweit einen zeitgemäßen wissenschaftlichen Diskurs auf dem Gebiet der Frauen-, Lesben- und Schwulenforschung. Es gibt einen reichen Theorie- und Erfahrungsschatz auf dem Gebiet einer lesben- und schwulenfreundlicher Pädagogik – sowohl für Kinder, Jugendliche als auch in der Erwachsenenbildung. Und es gibt entsprechende Buch- und Zeitschriftenpublikationen – von der komplexen wissenschaftlichen Studie bis hin zum Bilderbuch für Kinder im Vorschulalter.

Österreich hat diese internationalen Entwicklungen verschlafen. Ganz besonders für jugendliche Lesben ist sehr oft die Suche nach Lektüre der erste Schritt im Coming-out. Es ist erschütternd zu wissen, dass es Literatur, die ihnen helfen würde, sehr wohl gibt, dass ihnen der Zugang zu solchen Büchern aber vielerorts durch ein Verhalten, das nur als Zensur bezeichnet werden kann, immer noch vorenthalten oder zumindest extrem erschwert wird.

Eine gute Versorgung sämtlicher Buchhandlungen, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen sowohl mit aktueller Unterhaltungsliteratur als auch mit fortschrittlichen Sachbüchern und Ratgebern zum Thema Homosexualität ist aber keineswegs nur für jene etwa zehn Prozent der Bevölkerung relevant, die selbst lesbisch oder schwul sind. Sie dient genauso der Aufklärung der Öffentlichkeit. Lektüre, die Verwandte und Bekannte von Lesben, LehrerInnen und sämtliche andere Berufsgruppen beim Abbau von Vorurteilen und Erwerb von neuem Wissen unterstützt, ist für ein gedeihliches Zusammenleben der heterosexuellen Mehrheit und der homosexuellen Minderheit unerlässlich.

Wir fordern deshalb:

- * positive und realitätsbezogene Darstellung lesbischen Lebens in Schul- und Jugendbüchern;
- * entsprechende Ankäufe seitens der öffentlichen Bildungseinrichtungen und Bibliotheken, um ihrem Bildungs- und Informationsauftrag nachzukommen;
- * eine LehrerInnen-Ausbildung, die PädagogInnen auf kompetenten und unterstützenden Umgang mit lesbischen Mädchen vorbereitet;
- * die Thematisierung lesbischer Lebensweisen in der Erwachsenenbildung;
- * die Einführung von Lesben- und Schwulenstudien an den Universitäten.

ARBEITSWELT

Finanzielle Unabhängigkeit und eigenständige soziale Absicherung haben für lesbische Frauen einen besonderen Stellenwert. Wirklich faire Ausbildungs- und Aufstiegschancen für Frauen würden den Wohlstand erhöhen und zu einer wertvollen Bereicherung der Gesellschaft führen. Leistungsgerechte Entlohnung für Frauen ist ein Gebot der Gleichstellung, Gleichberechtigung und Menschenrechte.

Sexistische Diskriminierung wurde von der Gewerkschaft bereits als Problem erkannt und teilweise auch erfolgreich bekämpft. Wollen lesbische Frauen ihre Rechte durchsetzen, die für die Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich sind (z. B. Freistellung zur Pflege einer erkrankten Partnerin oder deren Kindes, Sonderurlaub bei Tod der Partnerin), müssen sie am Arbeitsplatz offen als Lesben auftreten können, ohne dass ihnen dadurch Nachteile und

Diskriminierungen erwachsen. Wenn Lesben und Schwule von ArbeitnehmerInnenrechten ausgeschlossen sind, muss das als eindeutige Diskriminierung erkannt und geändert werden.

Wir fordern deshalb:

- * wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund sexueller Orientierung;
- * Fortbildungen für ArbeitgeberInnen und ArbeitskollegInnen, um Diskriminierung und Homophobie in Betrieben und Ämtern zu thematisieren und wirksam zu bekämpfen;
- * die Ausdehnung aller bisher auf verschiedengeschlechtliche Beziehungen beschränkten Rechte und Sozialleistungen auf gleichgeschlechtliche Lebensformen.